

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Baudezernent,
sehr geehrter Herr Kulturdezernent
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren.

wir haben es bereits in den Vorreden gehört: Die Lage der kommunalen Kassen in Rheinland-Pfalz ist trotz Rekord-Steuereinnahmen dramatisch. Aber nicht nur das: Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit im freien Fall, so der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Schwere strukturelle Probleme in unserem Land haben eine Insolvenzwelle ausgelöst, wie wir sie noch nicht gesehen haben. Jeden Monat gehen rund 16.500 hochwertige Industriearbeitsplätze verloren, bislang allein in 2025 114.000 Stellen, insgesamt über 300.000 seit 2020.

Auch Koblenz ist bedauerlicherweise - wie man der Presse entnehmen kann - von dieser Entwicklung betroffen.

Gleichzeitig kämpfen alle deutschen Kommunen in dieser Situation mit ausufernden Sozialausgaben. Wir in Koblenz waren bis 2024 die rheinland-pfälzischen Musterknaben mit einem ausgeglichenen Haushalt. Jetzt stehen wir ebenfalls im Schuldensumpf und ein Ende ist nicht absehbar, ganz im Gegenteil, wenn ich beispielsweise an den möglicherweise notwendigen Neubau der Europabrücke denke!

Verursacht ist diese Schieflage in erster Linie durch explodierte Sozialausgaben und die fortwährende Verletzung des im Grundgesetz wie auch in der Landesverfassung Rheinland-Pfalz verankerten Konnexitätsprinzips.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Konnexitätsprinzip nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ wird fortlaufend und nachhaltig verletzt; den Kommunen wurden von Bund und Land immer höhere Sozialausgaben auferlegt, ohne dass diese Belastungen durch entsprechende Zuwendungen von Bund und Land kompensiert werden.

Dieser Zustand ist nicht haltbar, denn er führt dazu, dass den Kommunen keine ausreichenden Mittel für freiwillige Leistungen verbleiben, von denen die Demokratie in den Kommunen lebt.

Aus diesem Grunde haben wir auch an der Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz festgehalten. Die Bevölkerung muss wissen, wer für unser Haushaltsdefizit die Verantwortung trägt.

Das Defizit der kommunalen Kassen in Rheinland-Pfalz belief sich bereits im ersten Halbjahr 2025 auf 1,57 Milliarden €. Am Ende des Jahres werden weit über 3 Milliarden € sein.

Letztlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, führt jedoch die Verlagerung der kommunalen Defizite auf Land und Bund nur zu einem Schulden-Verschiebeparkplatz zwischen den drei Ebenen des Staates, nicht aber zur Sanierung.

Die Bürger und Steuerzahler interessiert es nicht, auf welcher Ebene des Staates, ob in Bund, Ländern oder den Kommunen Schulden produziert werden. Die Bürger interessiert es allenfalls, ob, wann und wie die derzeitige strukturelle Schieflage behoben werden kann.

Dies kann aber nur gelingen, wenn die notwendigen Reformen auf Bundes- und Landesebene zur Reformierung des Sozialstaates in Angriff genommen werden. Das IFO-Institut hat in seinem Forschungsbericht *sage und schreibe 502* Sozialleistungen des Bundes in einem komplexen Zuständigkeitssystem von 30 Behörden aufgelistet von der Eingliederung in Arbeit bis hin zur Finanziellen Unterstützung

von Wohnkosten im Todesfall. Dabei sind die Sozialgesetze der Länder noch nicht berücksichtigt.

Unser Bundeskanzler hat zu Recht festgestellt, dass wir uns den Sozialstaat in seiner derzeitigen Ausprägung nicht mehr leisten können. Ob der Bundeskanzler seinen Worten Taten folgen lässt, bleibt abzuwarten. Bislang passiert allerdings auch unter der neuen Bundesregierung wenig bis nichts. Dies führt letztlich dazu, dass die politischen Ränder immer weiter gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was heisst das alles für Koblenz? Was können wir tun, um dem Schuldenwachstum zu begegnen?

Als erstes fordern wir die Optimierung von Abläufen in der kommunalen Verwaltung mithilfe der Digitalisierung und der KI. Hier sind erste Schritte eingeleitet.

Es gehört aber auch die Prüfung dazu, ob bei freiwerdenden Stellen Personal eingespart werden kann. In Koblenz hatten wir von 2009 bis heute eine Stellenmehrung von rund 500 Stellen von ca. 1800 auf 2300. Der Landesrechnungshof hat die Landkreise unter die Lupe genommen und festgestellt, dass ad hoc fast 100 Vollzeitkräfte eingespart werden können.

Die Haushaltsstrukturkommission hat Hinweise erteilt, wie wir auch auf kommunaler Ebene Personal einsparen können. Unter Bezugnahme auf die Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission können hier Maßnahmen getroffen werden. Beispielweise ist unsere Baumschutzsatzung ein Musterbeispiel für überflüssige Bürokratie und vermeidbare Personalkosten. Zudem sorgt sie infolge verzögerter Bearbeitung von Anträgen für viel Ärger in der Bevölkerung und bei Bauwilligen.

Moniert wird vom Landesrechnungshof ebenfalls, dass Jugendämter immer häufiger den Unterhalt von Kindern übernehmen, oft jedoch nicht mit der gebotenen Konsequenz versucht werde, die unterhaltspflichtigen Eltern - zumeist Väter - in die Pflicht zu nehmen. Auch hier muss konsequent vorgegangen werden.

Weiteres Thema sind für uns die Abschaffung der wiederkehrenden Ausbaubeiträge, die viel Bürokratie erzeugen und viel Personal erfordern. Auch in Koblenz könnten die hierfür vorgesehen Planstellen eingespart werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir nehmen in Koblenz sehr viele positive Bauprojekte in Angriff, sieht man einmal von Maßnahmen wie dem Moselufer ab.

Die zurückliegenden Haushaltsverhandlungen haben jedoch zugleich gezeigt, dass wir in Koblenz dringend Eines benötigen:
Eine Bau-Preisbremse für kommunale Bauprojekte:

Wenn im Rahmen der Daseinsvorsorge ein neues Umkleide- und Hausmeister-Gebäude für die Bezirkssportanlage Schmitzers Wiese errichtet wird, darf dies unter keinen Umständen eine Größenordnung von 7,85 Millionen € erreichen!

Ebenfalls völlig unverständlich ist auch die Kostensteigerungen von 9 Millionen € auf ca. 27 Million € bei der Errichtung der Pestalozzischule mit weiteren 7 Mio für die Sporthalle dieser Schule sowie die Kostenexplosion bei der Sanierung des Stadttheaters und vielen anderen Bauvorhaben.

Woher kommen diese Kostenexplosionen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen? Verursacht werden sie durch fehlerhafte Kostenschätzungen und auch durch die vielen

Förderprogramme von Land und Bund, die sich als Bürokratie- und Kostentreiber erweisen.

Das wird im übrigen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, vom Landesrechnungshof beanstandet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kostenexplosion bei kommunalen Bauvorhaben sind nicht von Gott gegeben; in Zeiten ausgeglichener Haushalte konnten wir diese Kostensteigerungen kompensieren.

Diese Zeiten sind nun vorbei, denn wir werden auf Jahre hinaus hohe Haushaltsdefizite verzeichnen. Aus diesem Grunde ist es umso wichtiger, kommunale Bauvorhaben mit einem stringenten Kostenmanagement zu versehen. Bei der Planung entsprechender Bauvorhaben müssen Kostenobergrenzen vereinbart werden, die von den Planern einzuhalten sind. Was bei privaten Bauvorhaben Gang und Gäbe ist, muss auch bei kommunalen Bauvorhaben möglich sein.

Treiber der Kostenexplosionen sind auch die Fördersysteme von Bund und Land, die zu Auswüchsen bei Bauvorhaben führt. Der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl, Gordon Schnieder, hat angekündigt, diese landesweit als sog. „Förderitis“ bekannte Fehlentwicklung zu beenden.

Den Kommunen sollten die in Förderprogrammen versteckten Mittel ohne komplizierte Förderanträge zugewendet werden, so dass sie die Mittel selbst mit der gebotenen Sparsamkeit sowie ohne die durch Fördermittel festzustellenden Auswüchse einsetzen können.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Stadtvorstand,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf für 2026 zustimmen.

Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, haben ihr Versprechen eingehalten, die Grund- und Gewerbesteuer nicht zu erhöhen.

Erhöhungen bei den Realsteuern sind aus unserer Sicht auch in den kommenden Jahren nicht möglich. Insbesondere die Grundsteuerreform hat zusammen mit der nachfolgende Anhebung des Hebesatzes von 420 auf 570 Punkte zu einseitigen Mehrbelastungen und zur erheblichen Verteuerung des Wohnens in Koblenz geführt hat, wovon im übrigen auch viele Mieter betroffen sind, während Gewerbegrundstücke, die vormals 60 % der Gesamtlast getragen haben, nun lediglich 40 % des Grundsteueraufkommens tragen.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer muss ebenfalls stabil gehalten werden. Alles andere würde die Wettbewerbsfähigkeit der vielen in Koblenz ansässigen Unternehmen beeinträchtigen, die ohnehin schon unter überbordender Bürokratie und der europaweit nach Belgien zweithöchsten Steuerlast leiden.

Die FDP-Fraktion ist bereit, alle notwendigen Schritte zu unterstützen und zu begleiten, die wir für eine sparsame Haushaltsführung benötigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit